



Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,

der inhaltliche Schwerpunkt in dieser Sitzungswoche in Berlin galt der Gesundheit in jeglicher Hinsicht.

Nicht nur, dass wir nun ein völlig überarbeitetes Krankenhausreformgesetz auf den Weg gebracht haben, wir debattierten über die schwerste Phase des menschlichen Lebens - über das Sterben. Wir alle - auch wir Abgeordnete - waren bereits mit diesem Lebensabschnitt im Freundes- und Familienkreis konfrontiert worden. Und so war es eine schwierige Entscheidung, was möglich sein soll und was eben nicht. Jeder hat dazu seine eigene Meinung und Erfahrung. Ich halte es für falsch, Handlungen im sog. assistierten Suizid frei zu geben, von denen wir überhaupt nicht abschätzen können, welche kriminellen Auswirkungen dies haben kann. Mein Verständnis als Christin sagt, dass wir jedes Leben schützen müssen. Wir müssen uns jederzeit (!) gegenseitig Halt und Kraft geben.
Herzlichst Ihre

Jutta Eckenbach MdB

Begleitung am Ende des Lebens

Seit einiger Zeit beschäftigt sich der Deutschen Bundestag mit der Frage, wie wir rechtlich mit dem Thema Suizidbeihilfe umgehen.

In dieser Woche stand nach intensiver Diskussion die Entscheidung an. Sie wird in der Öffentlichkeit, von Kirchen und Religionsgemeinschaften ebenso intensiv verfolgt wie von den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, die sich bei Veranstaltungen in den Wahlkreisen eine Meinung gebildet haben. Es stand ein Beschluss an, der unsere Gesellschaft als Ganzes betrifft und der es erforderlich macht, sich für den einen oder anderen Weg zu entscheiden. Wir hatten diese wichtige ethische Frage mit dem notwendigen Ernst und vor allem in Bewusstsein der Sorgen der unheilbar Kranken in unserem Land zu entscheiden. Dabei war es wichtig, dass wir der individuellen Entscheidung jedes Abgeordneten mit Respekt begegnen.

Die letzte Phase des Lebens betrifft zudem das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung. Denn über die Frage der Suizidbeihilfe hinaus, ist es entscheidend, dass wir Sterbende auf dem Weg in den Tod nicht alleine lassen, sondern ihre Begleitung verbessern.

Wir behandelten in zweiter und dritter Lesung das Hospiz- und Palliativgesetz, mit dem wir die Versorgung Schwerstkranker und

Sterbender in ganz Deutschland in ihrer letzten Lebensphase stärken. Dazu sind Maßnahmen sowohl in der gesetzlichen Krankenversicherung als auch in der sozialen Pflegeversicherung vorgesehen. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen konnten weitere Verbesserungen für die Hospiz- und Palliativversorgung aufgenommen werden. Zum Beispiel erhalten Kinderhospize künftig eine eigene Rahmenvereinbarung, um die besonderen Interessen sterbender Kinder besser berücksichtigen zu können. Auch wird in Krankenhäusern, die keine eigene Palliativstation haben, eine Finanzierungsgrundlage für sogenannte multiprofessionelle Teams geschaffen, die schwerstkranke und sterbende Menschen zusätzlich zur allgemeinen Krankenhausversorgung begleiten.

In Essen wir am **14. November 2015 ein Symposium des Netzwerkes Palliativ Essen** geben. Unter dem Titel „Eine Stadt entscheidet sich für Palliativversorgung und Hospizkultur“ werden namhafte Experten aus dem nationalen Chartaprozess und Essener Akteure Herausforderungen benennen, Gelungenes darstellen und Wege zur Umsetzung der Charta aufzeigen.
Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Gesundheitsminister für Gesundheit Ingrid Fischbach wird dazu ein Grußwort sprechen.
www.netzwerk-palliativ-essen.de

Wesentlicher Inhalt:

- in strukturschwachen und ländlichen Regionen wird die Palliativversorgung weiter auszubauen
- die Vernetzung von Angeboten der medizinischen und pflegerischen Versorgung sowie der hospizlichen Begleitung wird sichergestellt, um die Kooperation der daran beteiligten Leistungserbringer zu gewährleisten
- die Palliativversorgung wird als Teil der Regelversorgung in der haus- und fachärztlichen Versorgung sowie im Rahmen der häuslichen Krankenpflege zu verankern und die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) flächendeckend vorbereitet
- die finanzielle Förderung stationärer Kinder- und Erwachsenenhospize sowie ambulanter Hospizdienste wird verbessert
- die Palliativversorgung und Hospizkultur in stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern wird gestärkt

In dieser Ausgabe:

Begleitung am Ende des Lebens

Arbeitsmarktintegration für Asylbewerber

Podiumsdiskussion beim BDWi

Juttas Woche in Essen

Berufskolleg Ost zu Besuch in Berlin



Podiumsdiskussion beim BDWi

Am Mittwoch Abend wurde ich vom Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft zur Teilnahme an einer Podiumsdiskussion eingeladen. Unter der Themenüberschrift „Anreize setzen - Aus- und Weiterbildung stärken - Flüchtlinge integrieren“ diskutierte ich mit Vertretern der Opposition und Präsidenten und Vizepräsidenten verschiedener Bundesverbände.

Es einte uns der Tenor, dass eine schnellstmögliche Arbeitsintegration der Flüchtlinge wichtig ist, um eine gesellschaftliche Eingliederung zu erreichen. Mir war es aber auch wichtig, dass wir bei der gesamten Diskussi-

on auch nicht den Blick für diejenigen verlieren, die bereits seit langer Zeit versuchen, Fuß auf dem Arbeitsmarkt zu finden; sei es im Rahmen von Ausbildungsplätzen oder im Rahmen eines beruflichen Wiedereinstiegs.



Berufskolleg Ost zu Besuch in Berlin

Am Mittwoch besuchte mich die 12. Klasse des Berufskollegs Ost. Die Schülerinnen und Schüler wollen am Berufskolleg ihr Fachabitur ablegen. Für mich war sehr interessant, dass ein Teil der Schüler bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung hatten und sich anschließen dazu entschieden ggf. noch einmal zu studieren, um weitere berufliche Ziele zu erreichen. Mit den Erfahrungen des Berufslebens - auch



der eigenen finanziellen Unabhängigkeit - noch einmal die Schulbank zu drücken, verdient hohe Anerkennung. Den etwaigen Problemen, die sich dadurch in der Förderung dieses Weges auf tun, bin ich mir dank eines sehr interessanten Gespräches mit den Schülerinnen und Schülern nun bewusst und werde versuchen, dass weitere Hürden für mehr Qualifikation in der Ausbildung abgebaut werden.

Fachkonferenz „Selbst bestimmen mit Persönlichem Budgets“

Am Donnerstagabend lud die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen Verena Bentele zu einer sog. Fachkonferenz im Rahmen des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens zum Bundesteilhabegesetz ein.

Ziel des geplanten Bundesteilhabegesetzes ist die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. In diesem Zusammenhang spielt die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen durch Persönliche Budgets eine wesentliche Rolle. Rheinland-Pfalz hat langjährige Erfahrungen in der Nutzung Persönlicher Budgets, um damit auch Alternati-



ven zu Wohnheimen und Werkstätten zu schaffen. Im Rahmen dieser Fachkonferenz wurden aus den Erfahrungen heraus neue Impulse für das Bundesteilhabegesetz gesetzt.

Arbeitsmarktintegration für Asylbewerber



Mit der Verabschiedung des Asylpaketes in der vergangenen Sichtungswochen sind unsere Hausaufgaben für einen verbesserten Umgang mit der riesigen Flüchtlingswelle nach Deutschland noch lange nicht getan.

In einem Gespräch mit Vertretern der Bundesagentur für Arbeit wurden die weiteren Vo-

oraussetzung für eine bessere Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern dargestellt. Einig waren sich alle, dass die Sprache der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration ist. Dazu wird es auch im kommenden Jahr ein vermehrtes Angebot an Integrations- und Sprachkursen geben.

Es sind aber auch die Arbeitgeber gefordert, die Fachkräfte unter den Flüchtlingen gewinnen möchte, entsprechende Voraussetzungen im eigenen Betrieb zu schaffen. So könnten Fachqualifikationen und Sprachkenntnisse zusammen vermittelt werden.



Juttas Woche in Essen (19.10.-01.01.2015)

In den zwei sog. sitzungsfreien Wochen hatte ich die Möglichkeit gleich zwei Mal mich mit den ganz kleinen Essenerinnen und Essenern zu treffen.

So durfte ich auf Einladung des Essener Lesebündnisses e.V. und im Rahmen des Projektes „Lesestart“ am Vormittag Kita-Kindern vom Michel aus Lönneberga vorlesen.



Ein weiteres Mal wurde ich zur Übergabe eines Spielepaktes in die Kita St. Bonifatius eingeladen. Bei beiden Terminen wurde ich mit erwartungsfrohen Kinderaugen und musikalisch empfangen.

der Arbeitsmarktintegration.

Dieses Thema war auch ein Schwerpunkt bei der Podiumsdiskussion der IG BCE. Leider waren die Vertreter der Opposition kurzfristig verhindert, so dass sich das politische Podium „nur“ aus

Bei Gesprächen mit Vertretern der IHK und Arbeitsagentur wurde ich wieder in die Gegenwart geholt und wir sprachen über wichtige Änderungsbedarfe in



meinem Kollegen Dirk Heidenblut und mir zusammensetzte. In der kommenden Woche wird der Vorstand der IG BCE sich noch einmal in Berlin treffen. Ich freue mich auf ein Wiedersehen.

Auf dem IHK-Empfang hielt der neugewählte und frisch ins Amt vereidigte Ober-



bürgermeister Thomas Kufen seine „Antrittsrede“. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind gespannt auf den frischen Wind im Essener Rathaus.

Schließlich holte mich thematisch noch einmal der Nachwuchs ein.



Bei einem Gespräch mit dem Schulleiter der Gesamtschule Nord und dem Integrationsbeauftragten Sadek Cicin sprachen wir u.a. über Fördermöglichkeiten für lernschwache Schülerinnen und Schüler.

Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567
Fax 030 227-76569

Büro Essen

Blücherstraße 1
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68
Fax 0201 80 6738 70

www.JuttaEckenbach.de

www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB

jutta.eckenbach@bundestag.de